

Wiens Gemüseversorgung.

Die von der Gemeinde Wien abgelehnte Einflussnahme auf die Bildung einer Gemüse- und Obstverteilungsstelle wird in Interessentenfällen lebhaft besprochen. Bekanntlich hat eine am 3. d. unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters Kain abgehaltene Versammlung beschlossen, es der unter der Führung des Bezirksvorstehers Dr. Blajel stehenden Kleinhandlertgruppe zu überlassen, in Angelegenheit der Obst- und Gemüseversorgung der Stadt Wien geeignete Schritte zu unternehmen. Dieser etwas sonderbare Beschluss hat nicht nur in der Konsumentenwelt, sondern auch in den Kreisen der legitimen Kaufmannschaft einigermassen befremdet.

Aus den Kreisen der letzteren erhalten wir zu diesem Gegenstande folgende höchst beachtenswerte Zuschrift:

Wenn auch der Naschmarkt gewissermaßen der Stapelplatz in Obst und Gemüse für den Wiener Platz ist, so wird dort zur Friedenszeit doch nur kaum 20 Prozent Obst und Gemüse an die Verbraucher abgegeben, während 80 Prozent im Wege derjenigen Handeltreibenden, die sich mit dem Verkauf von Obst und Gemüse befassen, in den Konsum gebracht wird. Jeder Konsument weiß, daß man speziell in Wien fast in jedem zweiten Hause diese Artikel in Friedenszeit erhalten konnte, weshalb diese Frage nicht allein vom Standpunkt der Händler vom Naschmarkt und der übrigen sogenannten Kleinhändler im Interesse der gesamten Wiener Bevölkerung geregelt werden kann. Dabei wollen wir jedoch nicht der zweifellos allzu großen Dezentralisierung, wie sie vor dem Kriege bestanden hat, das Wort reden. Immerhin stehen große Bedenken dagegen, diese Frage ausschließlich von der sogenannten Kleinhandlerschaft erledigen zu lassen, wogegen sich auch eine Reihe von Konsumentenorganisationen bereits ausgesprochen hat. Inwiefern jedoch der Bezirksvorsteher Dr. Blajel, der in der angeführten Versammlung im Namen der organisierten Kaufleute sprach, von diesen legitimiert war, ist nicht bekannt. Dagegen ist es nahezu sicher, daß die organisierte Kaufmannschaft in dieser Frage über ihre Meinung nicht gefragt worden ist.

Dieser Umstand beweist uns neuerdings, daß in Wien Einrichtungen geschaffen oder aufgelöst werden, ohne die beteiligten Fachkreise zur Beratung zu ziehen. Es erklärt dies aber auch das beispiellose Herumtaschen in allen Fragen der Approvisionnement zum Schaden nicht nur der beteiligten Kreise, sondern auch vorwiegend zum Schaden der Konsumenten. Wir haben in Wien neben den großen Konsumentenorganisationen drei kaufmännische Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, von denen die „Gesave“ die größte in Oesterreich und des Deutschen Reiches ist, die zusammen in Wien mehr als 2000 Lebensmittelhändler zu ihren Mitgliedern zählt, die sich berufsmäßig und mit Erfolg auch schon in Friedenszeiten mit der Approvisionnement Wiens befaßten, die jedoch während des Krieges völlig ausgeschaltet worden sind, ohne daß man hierfür irgendwelche Gründe angeben konnte.

Es ist auch nicht gut, den Zentralen in ihrer dormaligen Zusammensetzung das Wort zu reden, weil große Fehler, die dort gemacht worden sind, nicht gemacht hätten werden müssen. Ebensovienig können wir uns jener Agitation anschließen, die die Meinung vertritt, daß im gegenwärtigen Moment der freie Handel allein in der Lage ist, eine Besserung der Verhältnisse auf dem Gebiete der Approvisionnement durchzuführen. Ob aber die Gemeinde Wien bei der Versorgung der Stadt mit Obst und Gemüse sich damit begnügen kann, die große Verantwortung, die sie trifft, einfach auf jenen kleinen Teil der Kleinhändler, die durch den Bezirksvorsteher Dr. Blajel vertreten wären, zu übertragen, wollen wir um so mehr in Frage stellen, weil ja allgemein bekannt ist, mit welchen Mitteln und zu welchem Zweck diese Agitation entfacht wurde. Es wäre unbegreiflich und unverzeihlich, die große Masse der übrigen Händler, die bei dieser Gelegenheit durch ihre Organisation gar nicht zu Worte gekommen sind, die Verantwortung mittragen zu lassen, aber auch unbegreiflich und unverantwortlich, die Approvisionnement der gesamten Bevölkerung einer Zufallsabstimmung auszuliefern.

Soweit dieser Brief, der die Schlagwortpolitik der sogenannten Kleinhandlertgruppe auf das richtige Maß einschränkt und die durchsichtigen Wählmenschschaften aufweckt. Hoffentlich wird sich die Wiener Gemeinde entschließen, in letzter Stunde die sonderbare, zugunsten der Blajel-Gruppe erlassene Entscheidung aufzuheben und mittätig in die Obst- und Gemüseversorgung der Stadt Wien einzugreifen.